Sanktionen der Vereinten Nationen im singapurischen Recht

Dr Alexander Ressos, TEP
Attorney-at-Law (Switzerland and Germany),
Solicitor (England & Wales and Hong Kong)
Of Counsel, KGP Legal LLC
alexander.ressos@kgplegal.com.sg
www.ressos.com.sg

Der United Nations Act 2001

Singapur folgt der dualistischen Tradition des Common Law. Ein völkerrechtlicher Vertrag bindet den Staat nach außen, begründet in Singapur aber erst dann Rechte und Pflichten, wenn das Parlament oder ein ermächtigter Verordnungsgeber ihn umgesetzt hat. Artikel 25 der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet die Mitgliedstaaten, die Beschlüsse des Sicherheitsrats auszuführen. Artikel 41 erlaubt dem Rat, Maßnahmen unterhalb der Schwelle der Waffengewalt zu beschließen, etwa die Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen. Innerstaatliches Instrument für diese Beschlüsse ist der United Nations Act 2001, ein Gesetz, das Singapur in die Lage versetzt, seine Verpflichtungen aus Artikel 41 der Charta zu erfüllen.

Das Gesetz ist kurz. Seine zentrale Vorschrift, Section 2(1), ermächtigt den Minister, die Verordnungen zu erlassen, die notwendig oder zweckmäßig erscheinen, um einem Beschluss des Sicherheitsrats nach Artikel 41 Wirkung zu verleihen. Die Verordnungen können die Festnahme, das Verfahren gegen und die Bestrafung von

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Tätern regeln und Ermittlern polizeiliche Befugnisse übertragen. Section 2(2) und (3) nehmen Finanzinstitute und Variable Capital Companies von Verordnungen nach dem Gesetz aus, weil die Monetary Authority of Singapore für sie eigene Regeln erlässt. Die Verordnungen sind dem Parlament so bald wie möglich nach ihrer Veröffentlichung in der *Gazette* vorzulegen.[1] Verstöße gegen die Verordnungen sind mit erheblichen Strafen bedroht. Einer natürlichen Person drohen eine Geldstrafe von bis zu 500.000 S$, Freiheitsstrafe von bis zu zehn Jahren oder beides, anderen Tätern Geldstrafen von bis zu 1 Million S$.[2]

Diese Gestaltung ist typisch für die singapurische Gesetzgebungstechnik. Das Parlament erlässt einen Rahmen und überlässt die Einzelheiten der Exekutive. Diese kann den häufigen Änderungen des Sicherheitsrats dann folgen, ohne jedes Mal ein neues Gesetz zu benötigen. Die Verordnungen nach dem Gesetz folgen einem gemeinsamen Muster. Jede benennt die Resolutionen des Sicherheitsrats, die sie umsetzt, bestimmt die gelisteten Personen durch Verweis auf die Listen des zuständigen Sanktionsausschusses und verbietet Geschäfte mit ihnen. Regelwerke bestehen unter anderem für die Demokratische Volksrepublik Korea, Iran, die Demokratische Republik Kongo, Südsudan und Jemen, dazu Verordnungen zum Terrorismus, die die Resolutionen 1267, 1373 und ihre Nachfolgeresolutionen umsetzen.[3]

Finanzinstitute: das Regime der Monetary Authority

Banken, Versicherer, Kapitalmarktintermediäre und Zahlungsdienstleister unterliegen einem parallelen Regime, das die Monetary Authority of Singapore verwaltet. Seit 2023 setzt sie die gezielten Finanzsanktionen des Sicherheitsrats durch Verordnungen nach Section 192 des Financial Services and Markets Act 2022 in Verbindung mit Sections 15(1)(b) und 219(d) um. Ein gesonderter Satz von Verordnungen nach Section 83(1)(b) des Variable Capital Companies Act 2018 erfasst die in Kapitel E.IV untersuchten Variable Capital Companies. Die geltenden Verordnungen vom 28. April 2023 betreffen die Demokratische Republik Kongo, Iran, die Demokratische Volksrepublik Korea, Libyen, Somalia, Südsudan, Sudan und Jemen. Sie gelten für alle Finanzinstitute in Singapur.[4]

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Die Verordnungen begründen zwei Kernpflichten. Ein Finanzinstitut muss die Gelder, finanziellen Vermögenswerte und wirtschaftlichen Ressourcen gelisteter Personen einfrieren und darf ihnen weder Gelder noch Dienstleistungen zur Verfügung stellen. Listungen zur Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung beruhen auf einem eigenen Gesetz, dem Terrorism (Suppression of Financing) Act 2002. Die Monetary Authority erwartet von allen natürlichen und juristischen Personen in Singapur, auch außerhalb des regulierten Sektors, dass sie ihre Kunden vor Geschäftsabschluss mit den UN-Listen abgleichen.[5] Die in Kapitel H.III erörterte Pflicht zur Verdachtsmeldung vervollständigt das Bild. Eine Bank, die das Konto einer gelisteten Person einfriert, wird in der Regel auch eine Verdachtsmeldung erstatten.

Das Iran-Regime zeigt, wie das System dem Sicherheitsrat folgt. Nach dem Atomabkommen von 2015 und seiner Bestätigung durch Resolution 2231 hob die Monetary Authority eine Notice auf, die Iran-bezogene Transaktionen untersagt hatte, und überarbeitete ihre Iran-Verordnungen im Januar 2016.[6] Als die Iran-Sanktionen des Sicherheitsrats am 27. September 2025 nach dem Snapback-Mechanismus dieser Resolution wieder in Kraft gesetzt wurden, wendete Singapur sämtliche Bestimmungen erneut in der Form an, in der sie vor 2015 gegolten hatten.[7]

Zoll, Handelsmaßnahmen und Nordkorea

Die handelsbezogene Seite der UN-Sanktionen liegt bei Singapore Customs. Der Zoll verbietet Einfuhr, eingehende Umladung und Durchfuhr bestimmter Waren aus Nordkorea und Iran. Er kontrolliert Ausfuhr, ausgehende Umladung und Durchfuhr bestimmter Waren in beide Länder und in andere Staaten, gegen die Maßnahmen des Sicherheitsrats bestehen.[8] Für einen Hafen, in dem der größte Teil der Ladung umgeschlagen wird, ist die Einbeziehung von Umladung und Durchfuhr unerlässlich. Waren, die nie auf den singapurischen Markt gelangen, passieren dennoch seine Terminals, und dort erwartet der Sicherheitsrat, dass der Transitstaat sie aufhält.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Nordkorea stellte das System auf die härteste Probe. Resolution 2375, einstimmig angenommen am 11. September 2017, begrenzte die Lieferungen raffinierter Erdölprodukte an das Land auf 500.000 Barrel für das letzte Quartal 2017 und auf zwei Millionen Barrel pro Jahr ab 2018. Sie beschränkte Rohöl auf das Niveau der vorangegangenen zwölf Monate und verbot den Kauf nordkoreanischer Textilien.[9] Resolution 2397 vom 22. Dezember 2017 senkte die Obergrenze für raffinierte Erdölprodukte auf 500.000 Barrel pro Jahr. Sie verlangte, nordkoreanische Arbeiter im Ausland binnen 24 Monaten in ihre Heimat zurückzuschicken, und erlaubte den Mitgliedstaaten, Schiffe in ihren Hoheitsgewässern zu beschlagnahmen und festzusetzen, die das Land illegal mit Erdöl versorgten.[10]

Singapur reagierte, indem es seinen Handel mit Nordkorea ab November 2017 aussetzte und 2018 im Einklang mit Resolution 2397 die Arbeitsgenehmigungen nordkoreanischer Staatsangehöriger widerrief. Die Aussetzung war ein bedeutender Schritt, denn noch 2016 war Singapur der achtgrößte Handelspartner Nordkoreas gewesen. Strafverfahren folgten. Ein singapurisches Unternehmen erhielt 2016 eine Geldstrafe im Zusammenhang mit der Verschiffung zerlegter Radarsysteme, Raketenbauteile und Kampfflugzeugteile von Kuba nach Nordkorea. 2022 wurde ein anderes singapurisches Unternehmen angeklagt, weil es Getränke in das Land exportiert hatte.[11]

Die Gerichte und die Grenzen der UN-Sanktionen

Die Entscheidung des High Court in *The "Sahand"* aus dem Jahr 2011 bestimmt die Reichweite der UN-Sanktionen im singapurischen Recht. Crédit Agricole Corporate and Investment Bank hatte drei Schiffe deutscher Tochtergesellschaften der Islamic Republic of Iran Shipping Lines arrestieren lassen. Die Bank machte eine fällig gestellte Forderung von mehr als 180 Millionen US$ aus Finanzierungsvereinbarungen nach englischem Recht geltend. Die Parteien hatten die Sanktionen nicht angesprochen. Quentin Loh J griff sie von Amts wegen auf, weil er befürchtete, in singapurischen Gewässern festgehaltene Schiffe könnten unter das Einfrieren von Vermögenswerten durch den Sicherheitsrat fallen. Er behandelte die Resolutionen nur insoweit als Teil des singapurischen Rechts, als sie in innerstaatliche Gesetzgebung umgesetzt worden waren, da Singapur eine

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

dualistische Rechtsordnung ist. Resolution 1929 (2010) hatte drei Gesellschaften der Reedereigruppe gelistet, nicht aber die Gruppe selbst. Nichts zeigte, dass die deutschen Eigentümer diesen Gesellschaften gehörten, von ihnen kontrolliert wurden oder für sie handelten. Das Einfrieren griff daher nicht, sodass die Schiffe freigegeben werden konnten.[12]

Das Urteil enthält drei Lehren für die Praxis. Erstens ist die Frage, ob eine Transaktion in Singapur verboten ist, eine Frage der innerstaatlichen Verordnungen, ausgelegt nach ihrem Wortlaut. Zweitens werden Sanktionen als gezielte Maßnahmen ausgelegt, die rechtmäßigen Handel mit demselben Land unberührt lassen. Drittens bleibt die seerechtliche Zuständigkeit (Admiralty Jurisdiction) der singapurischen Gerichte bestehen, wenn eine Partei mit einem sanktionierten Staat verbunden ist. Das ist wichtig für einen Hafen, in dem Schiffsarreste ein alltägliches Mittel zur Sicherung maritimer Forderungen sind. Das Urteil bestätigt damit ein Thema aus Kapitel F.I: Die singapurischen Gerichte wenden Sanktionen als Recht an, mit der Präzision, die Recht verlangt.

Anmerkungen

1. United Nations Act 2001 (2020 Rev Ed), s. 2(1)–(3), (5)–(7), zusammengefasst bei Legal Wires, „United Nations Act 2001“ (abgerufen im November 2026): Verordnungen, die „necessary or expedient“ sind, um Maßnahmen nach Artikel 41 Wirkung zu verleihen; Ausnahme für Finanzinstitute, die nach dem Financial Services and Markets Act 2022 reguliert sind, und für Variable Capital Companies; Vorlage an das Parlament „as soon as possible after publication in the Gazette“. ↩
2. Legal Wires, „United Nations Act 2001“ (abgerufen im November 2026), Zusammenfassung von s. 5: für natürliche Personen eine Geldstrafe von höchstens 500.000 $ oder Freiheitsstrafe von höchstens 10 Jahren oder beides, in anderen Fällen eine Geldstrafe von höchstens 1 Million $; das Gesetz wurde durch die Acts 9 of 2003, 4 of 2014, 16 of 2016, 44 of 2018 und 18 of 2022 geändert, die revidierte Fassung trat am 31. Dezember 2021 in Kraft. ↩

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

3. Auf Singapore Statutes Online aufgeführte Verordnungen nach dem United Nations Act, darunter die United Nations (Sanctions — Democratic People's Republic of Korea) Regulations 2010, die Verordnungen zur Demokratischen Republik Kongo (Resolutionen 1596 (2005), 1807 (2008), 2293 (2016) und 2582 (2021)) und die Verordnungen zur Terrorismusbekämpfung (Resolutionen 1267, 1373, 1988, 1989 und 2253). ↩

4. Monetary Authority of Singapore, „Regulations for Targeted Financial Sanctions", mas.gov.sg (abgerufen im November 2026): Financial Services and Markets Regulations vom 28. April 2023 und VCC Regulations vom 14. Januar 2020 für die acht Länderregime; sie „apply respectively to all financial institutions and variable capital companies in Singapore"; Monetary Authority of Singapore, „Regulations for Targeted Financial Sanctions", mas.gov.sg (abgerufen im November 2026): Die MAS „gives effect to targeted financial sanctions under the United Nations Security Council Resolutions" durch Financial Services and Markets Regulations nach „section 192, read with sections 15(1)(b) and 219(d), of the Financial Services and Markets Act 2022" und durch die Variable Capital Companies (Sanctions and Freezing of Assets of Persons) Regulations 2020 nach „section 83(1)(b) of the Variable Capital Companies Act 2018". ↩

5. Monetary Authority of Singapore, „Lists of Designated Individuals and Entities", mas.gov.sg (abgerufen im November 2026): Die Listen erfassen Personen, die nach Verordnungen auf Grundlage des Financial Services and Markets Act 2022, des United Nations Act 2001 und anderer Gesetze gelistet sind; „all natural and legal persons in Singapore should screen their clients against the United Nations lists"; Listungen zur Terrorismusbekämpfung nach dem Terrorism (Suppression of Financing) Act 2002. ↩

6. *Lloyd's List*, „Singapore regulator cancels notice barring Iran transactions", 29. Januar 2016: Die MAS hob eine Notice auf, die Iran-Transaktionen untersagte, und „will also revise MAS Iran Regulations in accordance with UN resolutions". ↩

7. Monetary Authority of Singapore, „Lists of Designated Individuals and Entities", mas.gov.sg (abgerufen im November 2026): Der UN-Sicherheitsrat

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

„has reinstated the relevant UNSC Resolutions and Iran sanctions list“ am 27. September 2025; „All provisions have been re-applied in the same manner as they applied“ vor 2015. ↩

8. Singapore Customs, „United Nations Security Council Sanctions“, customs.gov.sg (abgerufen im November 2026): Einfuhr, eingehende Umladung und Durchfuhr bestimmter Waren aus der DVRK und Iran sind verboten, Ausfuhr, ausgehende Umladung und Durchfuhr bestimmter Waren dorthin sind verboten oder beschränkt, und bestimmte Waren werden für „certain countries designated under United Nations Security Council (UNSC) sanctions“ kontrolliert. ↩
9. Wikipedia, „United Nations Security Council Resolution 2375“ (abgerufen im November 2026): angenommen am 11. September 2017 mit 15 Stimmen; raffinierte Erdölprodukte vom 1. Oktober bis 31. Dezember 2017 auf 500.000 Barrel und ab dem 1. Januar 2018 auf zwei Millionen Barrel pro Jahr begrenzt; Rohöl auf die in den vorangegangenen zwölf Monaten gelieferte Menge begrenzt; vollständiges Verbot des Kaufs nordkoreanischer Textilien. ↩
10. Wikipedia, „United Nations Security Council Resolution 2397“ (abgerufen im November 2026): einstimmig angenommen am 22. Dezember 2017; raffinierte Erdölprodukte ab dem 1. Januar 2018 auf 500.000 Barrel je zwölf Monate begrenzt; Rückführung nordkoreanischer Arbeiter binnen 24 Monaten; Mitgliedstaaten dürfen „seize, inspect, freeze and impound any vessel in their territorial waters“, das illegal Erdöl liefert. ↩
11. Wikipedia, „North Korea–Singapore relations“ (abgerufen im November 2026): Singapur „has officially suspended trade ties with North Korea under UN sanctions from November 2017“ und widerrief 2018 alle Arbeitsgenehmigungen von Nordkoreanern „in line with the enhanced sanctions in the UNSC Resolution 2397 (2017)“, unter Berufung auf *The Straits Times*, 28. März 2018; Singapur war 2010 der zehntgrößte und 2016 der achtgrößte Handelspartner Nordkoreas; das singapurische Unternehmen Chinpo Shipping wurde 2016 im Zusammenhang mit der Verschiffung zerlegter Radarsysteme, Raketen und MiG-Kampfflugzeugteile von Kuba nach Nordkorea zu einer Geldstrafe von „$125,700 in violation of United

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

Nations-led sanctions“ verurteilt; ein singapurisches Unternehmen wurde 2022 wegen der Ausfuhr von Getränken nach Nordkorea angeklagt. ↩

12. *The “Sahand” and other applications* [2011] SGHC 27 (Quentin Loh J, 31. Januar 2011), zusammengefasst bei Legal 500 (Mondaq), „Asia Update – April 2011“: drei Schiffe von IRISL-Tochtergesellschaften wegen einer fällig gestellten Forderung von über 180 Millionen US$ aus Finanzierungsvereinbarungen nach englischem Recht arrestiert; die Iran-Resolutionen sollen „legal economic activities“ nicht beeinträchtigen; Legal Wires, „The ‘Sahand’ and other applications [2011] SGHC 27“: Klägerin Crédit Agricole Corporate and Investment Bank, Darlehensdokumentation nach englischem Recht; S. Zhixiang, „Interpreting and Applying the UNSC sanctions on Iran in the Admiralty Context: The Sahand [2011] SGHC 27“, *EJIL: Talk!*: Der Richter griff die Frage von Amts wegen auf, Singapur als „a dualist jurisdiction“, IRISL nicht gelistet, nur Irano Hind Shipping Company, IRISL Benelux NV und South Shipping Line Iran in Annex III der Resolution 1929 (2010) aufgeführt, kein Nachweis, dass die deutschen Eigentümer ihnen gehörten oder von ihnen kontrolliert wurden, Freigabe der Schiffe. ↩

Disclaimer

This article is provided for general information only. It is based on publicly available sources as at its date of publication. These sources have not been independently verified against licences, regulatory registers or the records of the entities concerned. It is not legal, tax, financial or investment advice. Nor is it a recommendation to invest in, transact with or use the services of any entity mentioned. Law and regulation change frequently, so the content may be incomplete or outdated. To the fullest extent permitted by law, Dr Alexander Ressos and the publisher of SingaporeIQ exclude all liability for loss or damage arising from the use of or reliance on this article. Readers should obtain advice on their specific circumstances before acting or refraining from action.

Names and trademarks of the entities discussed belong to their owners and are used for identification only. Their mention implies no endorsement, affiliation or allegation of wrongdoing. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. Corrections and updates: contact@ressos.com.

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.

© 2026 Dr Alexander Ressos. This article may be quoted with attribution to SingaporeIQ (SingaporeIQ.com). Reproduction in full and any commercial use require prior written consent. The Legal Terms at https://singaporeiq.com/legal-terms apply.

Author contact: Dr Alexander Ressos, TEP · contact@ressos.com

© 2026 Dr Alexander Ressos. General information only, not legal, tax or investment advice. No client relationship is created. All Singapore law advice is provided by a duly licensed and regulated firm of Singapore advocates and solicitors only on the basis of an express written letter of engagement. More information at SingaporeIQ.com and ressos.com.sg.